

Protokoll

über die Konferenzsitzung des Landtages vom 7. März 1941

Abwesend Präs. A. Frommelt, für welchen Vizepräs. Dr. Schädler präsidiert.

Regierungsvertreter Reg. Chef Dr. Hoop und Reg. Ch. Stellvertr. Dr. Vogt

Schriftführer Gassner

Beginn der Sitzung 10 Uhr.

1. Genehmigung des Geschäftsberichtes der Sparkasse für 1940.

Nach Verlesung des Geschäftsberichtes ergreift der Abg. Bühler das Wort und gibt noch über verschiedene Angelegenheiten der Sparkasse erschöpfende Auskunft. Um die Flüssigkeit der Sparkasse zu erhalten, sollte getrachtet werden, dass die Schweiz die Rückzahlung einer Tilgungsquote stundet. Die Regierung möchte hier der Sparkasse behilflich sein, damit sie den Anforderungen, die an sie gestellt werden gerecht werden können. Ebenso ersucht er die Regierung um Einräumung der Portofreiheit nach aussen.

Reg. Chef glaubt, dass in Bern die Stundung der Rückzahlung der Tilgungsquote erreicht werden könne und die Regierung werde diesbezüglich das ihrige tun.

bezüglich der Portofreiheit werde sich auch ein Weg finden lassen und die Sache sei noch nicht endgültig geregelt und abgeklärt. Die Regierung werde auch hier einen gangbaren Weg suchen.

Brunhart Heinrich erkundigt sich über den Stand der Aufnahme einer Millionenanleihe, wozu der Landtag bereits die Zustimmung erteilt habe.

Reg. Chef und Dr. Vogt klären auf, dass bisan die Auflage einer Anleihe nicht unbedingt notwendig gewesen sei. Sie hätten auch Aussicht, von privater Seite evtl. hinreichend Mittel ohne Anleihe zu bekommen. ~~MMMM~~ Vorerst werden die Stundung der Rückzahlung bei der Schweiz. Eidgenossenschaft angestrebt werden und wenn das nicht ausreiche, werde man zu anderen Mitteln greifen müssen.

Hindle fragt an, wie^{es} mit dem Anteil des Landes am Abwertungsgewinn der Eidgenossenschaft stehe.

Reg. Chef und Dr. Vogt klären dahin auf, dass auf das offizielle Er-

Ersuchen des Landes noch keine schriftliche Ablehnung erfolgt sei, doch seien die Aussichten sehr mager, da ein Anrecht Liechtensteins formalrechtlich abgelehnt werde. Man werde aber dennoch versuchen, etwas zu bekommen.

Bühler regt an, dass die Ausführungen und die Debatte über die Sparkasse in der Öffentlichkeit und der Presse nicht ~~diskutiert~~ ~~diskutiert~~ ~~diskutiert~~ diskutiert werden sollten. Es sollte nichts davon in die Öffentlichkeit gelangen.

Der Landtag genehmigt sodann den Geschäftsbericht der Sparkasse für 1940 und die Verteilung des Reingewinnes nach dem Vorschlage der Sparkasse.

2. Bereitstellung von landwirtschaftlichen Hilfskräften.

Dr. Schädler verweist auf die bezüglichen Besprechungen im Landtage und glaubt, dass alle Anstrengungen gemacht werden müssen, um eine Produktionssteigerung in der Landwirtschaft zu erreichen. Hierzu sei ein vermehrter Einsatz von landwirtschaftlichen Kräften erforderlich. Die Anbauschlacht müsse im Frühjahr gewonnen werden, sonst werde das Volk im nächsten Winter zu hungern haben.

Reg. Chef gibt die Vorschläge und Richtlinien der Regierung, die sie hierfür vorgesehen hat, bekannt. Er ersucht den Landtag, hierzu grundsätzlich Stellung zu beziehen.

In der Diskussion über diese Frage eines sogenannten Landarbeitsdienstes fallen folgende Anregungen:

1. Es soll eine Lehrlingssperre für ein Jahr eingeführt werden.
2. Wenn irgendwie möglich, sollen überhaupt keine Ausnahmen gestattet werden, damit nicht eine Lücke entstehe.
3. Während der Anbauperiode sollen auch die Vorarbeiter und landschäftlichen Arbeiter in den Anbauprozess eingeschaltet werden
4. Landschäftliche und Gemeindearbeiten sollen nur soweit ausgeführt werden, als dies unbedingt notwendig ist. Auch soll die Regierung die Hinausschiebung von privaten Bauten veranlassen.
5. Jeder Arbeiter, der beim Land arbeitet, muss im Laufe des Jahres mindestens 14 Tage in der Landwirtschaft sich betätigen. Arbeiter, die sich dieser Vorschrift entziehen und in die Schweiz gehen müssen mindestens dann ein halbes Jahr in der

Schweiz bleiben.

6. Die grösseren Schüler sollen je nach Bedarf ~~MMM~~ während der Anbauzeit schulfrei haben und in den landwirtschaftlichen Arbeitsprozess eingeschaltet werden. Hier soll die Regierung über den Landesschulrat hinweg so handeln, wie es die Zeit erfordert.

Grundsätzlich ist der Landtag mit den von der Regierung aufgestellten Richtlinien einstimmig einverstanden.

Sele bringt eine Reklamation der Arbeiterschaft von Gamprin zur Kenntnis, dass in der Gemeindegrundverkehrskommission kein Arbeiter sitze und so die Arbeiterschaft nicht vertreten sei.

3. Wahl der Landesgrundverkehrskommission.

Ueber Vorschlag von Dr. Vogt werden die Obmänner des Gewerbe-Arbeiter- und Bauernverbandes, das sind Oberlehrer Meier, Franz Hilbe und Abg. Sele, in diese Kommission einstimmig gewählt.

4. Ersatzwahl in die Verwaltungsbeschwerdeinstanz.

Für den scheidenden Präsidenten Dr. Eugster in Altstätten wird Dr. Föh, Rechtsanwalt in Uznach einstimmig gewählt.

Abg. Schädler Eug. regt die Oeffnung des Scheidgrabens an.

Sele erkundigt sich über den Stand der Fortsetzung der Aeulestrasse in Vaduz.

Reg. Chef erwidert, dass die Regierung beschlossen habe, die Arbeit im Frühjahr zu machen und das Bauamt habe den Auftrag erhalten, mit Joh. Büchel zu verhandeln.

Schluss der Sitzung 12.20 Uhr.